S 12 SO 21/15

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Sozialhilfe
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Sozialhilfe – Kostenerstattung bei Aufenthalt in einer Einrichtung – Erstattungsanspruch des vorläufig leistenden Sozialhilfeträgers gegen den zuständigen Sozialhilfeträger – örtliche Zuständigkeit für stationäre Leistungen – letzter gewöhnlicher Aufenthalt in den zwei Monaten vor Aufnahme in die Einrichtung – längerer Aufenthalt im Ausland während dieses Zeitraums
Leitsätze	Ist bei der Aufnahme in eine Einrichtung ein gewöhnlicher Aufenthalt im Inland nicht (mehr) vorhanden, bleibt die Bindung an den inländischen Herkunftsort noch für zwei Monate maßgeblich für die Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit.
Normenkette	SGB XII § 106 Abs 1 S 1; SGB XII § 106 Abs 1 S 2; SGB XII § 98 Abs 2 S 1; SGB XII § 98 Abs 2 S 2; SGB XII § 98 Abs 2 S 3; SGB XII § 98 Abs 1; SGB I § 30 Abs 3 S 2

1. Instanz

Aktenzeichen	S 12 SO 21/15
Datum	14.12.2017

2. Instanz

Aktenzeichen	L 9 SO 30/18
Datum	11.08.2021

3. Instanz

Datum	23.02.2023

Â

Die Revision der Beklagten gegen das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 11.Â August 2021 wird mit der MaÃgabe zurÃ¼ckgewiesen, dass festgestellt wird, dass die Beklagte die Kosten fÃ¼r die vollstationÃ¤re Pflege der Leistungsberechtigten fÃ¼r die Dauer der Unterbringung im Pflegeheim R1 ab dem 1.Â September 2021 bis zur Ãbernahme des Falls in die eigene ZustÃ¤ndigkeit zu erstatten hat.

Die Beklagte trÃ¤gt auch die Kosten des Revisionsverfahrens einschlieÃlich der notwendigen auÃergerichtlichen Kosten des Beigeladenen.

Der Streitwert fÃ¼r das Revisionsverfahren wird auf 161Â 866,65 Euro festgesetzt.

G r Ã¼ n d e :

I

1
Im Streit ist zwischen den TrÃ¤gern der Sozialhilfe ein Anspruch auf Erstattung von Kosten der Hilfe zur Pflege fÃ¼r die Zeit vom 1.2.2013 bis 31.8.2021 sowie die Feststellung der zukÃ¼nftigen Verpflichtung zur Kostenerstattung.

2
Die 1963 geborene R2 lebte im Stadtgebiet der Beklagten und reiste am 28.3.2003 nach Mexiko. Sie erlitt dort am 7.5.2003 einen â Ohnmachtsanfallâ , wurde im Zustand des Wachkomas in die Bundesrepublik zurÃ¼ckgebracht und ist seit dem 19.5.2003 mit der Diagnose â unklare VigilanzstÃ¶rung bei granulomatÃ¶ser Encephalitis unklarer Ãtiologieâ zunÃ¤chst im UniversitÃ¤tsklinikum K, ab Ende Juli 2003 im Neurologischen Zentrum B der S Kliniken GmbH und schlieÃlich seit dem 8.1.2004 in einem Pflegeheim im Kreisgebiet des KlÃ¤gers stationÃ¤r untergebracht. Seit dem 1.2.2004 bezieht R eine Rente wegen voller Erwerbsminderung (Zahlbetrag rund 900Â Euro monatlich) von der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Bund.

3
Die Betreuerin der R stellte beim KlÃ¤ger am 8.1.2004 einen Antrag auf GewÃ¤hrung von Hilfe zur Pflege wegen ungedeckter Heimkosten. Die Beteiligten korrespondierten im ersten Quartal 2004 wegen der Frage der Ã¶rtlichen ZustÃ¤ndigkeit, weil streitig war, wo R am 7.5.2003 ihren fÃ¼r die Bestimmung der Ã¶rtlichen ZustÃ¤ndigkeit maÃgeblichen Aufenthalt gehabt habe. Die Beklagte und der beigeladene Ã¼berÃ¶rtliche TrÃ¤ger der Sozialhilfe des Landes Schleswig-Holstein lehnten ihre ZustÃ¤ndigkeit jeweils ab. Der KlÃ¤ger Ã¼bernahm ab dem 8.1.2004 unter BerÃ¼cksichtigung des Einkommens aus der Erwerbsminderungsrente vorlÃ¤ufig ungedeckte Heimkosten und einen Barbetrag zur persÃ¶nlichen VerfÃ¼gung (rund 133Â Euro) nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) bzw nach dem Sozialgesetzbuch ZwÃ¶lftes Buch â Sozialhilfe â (SGBÂ XII).

4

Im Februar 2014 verlangte der KlÃ¤ger vergeblich von der Beklagten fÃ¼r die von ihm erbrachten Leistungen Aufwendungsersatz, weil R zuletzt ihren gewÃ¶hnlichen Aufenthalt im dortigen Stadtgebiet gehabt habe und dieser sachlich und Ã¶rtlich zustÃ¤ndig sei. Er hat im Februar 2015 vor dem Sozialgericht (SG) Schleswig gegen die Beklagte, hilfsweise den Beigeladenen Klage auf Erstattung der Kosten fÃ¼r die Unterbringung fÃ¼r die Zeit vom 1.2.2013 bis zur Klageerhebung erhoben sowie die Feststellung begehrt, dass die Pflicht der Beklagten zur Ãbernahme der tatsÃ¤chlich entstehenden Kosten der vollstationÃ¤ren Unterbringung im Pflegeheim bei FortfÃ¼hrung der MaÃnahme fortbestehe. Das SG hat den Beigeladenen zur Zahlung einer Erstattungssumme iHv 90Â 589,07 Euro verurteilt und die Klage im Ãbrigen abgewiesen. In den FÃ¤llen, in denen ein gewÃ¶hnlicher Aufenthalt vor Aufnahme in eine Einrichtung nicht vorhanden oder nicht zu ermitteln sei und sich die ZustÃ¤ndigkeit des Ã¶rtlichen TrÃ¤gers der Sozialhilfe nach Â§Â 98 AbsÂ 2 SatzÂ 3 SGBÂ XII bestimme, seien dem Ã¶rtlich zustÃ¤ndigen TrÃ¤ger der Sozialhilfe die Kosten vom Ã¼berÃ¶rtlichen TrÃ¤ger der Sozialhilfe zu erstatten, zu dessen Bereich der Ã¶rtliche TrÃ¤ger gehÃ¶re; davon seien FÃ¤lle mit gewÃ¶hnlichem Aufenthalt im Ausland erfasst (Urteil vom 14.12.2017).

5
Auf die Berufung des Beigeladenen hat das Schleswig-Holsteinische Landessozialgericht (LSG) das Urteil des SG aufgehoben und die Beklagte verurteilt, fÃ¼r den Zeitraum vom 1.2.2013 bis 31.8.2021 an den KlÃ¤ger 156Â 866,65 Euro zu zahlen sowie festgestellt, dass die Verpflichtung der Beklagten zur Ãbernahme der tatsÃ¤chlich entstehenden ungedeckten Kosten der vollstationÃ¤ren Unterbringung von R im Therapiezentrum Ã¼ber den 31.8.2021 hinaus bis zur Beendigung der dortigen Unterbringung fortbesteht (Urteil vom 11.8.2021). Zur BegrÃ¼ndung hat das LSG ausgefÃ¼hrt, die im Wege der Anschlussberufung aufrechterhaltenen HauptantrÃ¤ge des KlÃ¤gers seien zulÃ¤ssig. Die Beklagte sei Ã¶rtlich zustÃ¤ndig und damit erstattungspflichtig (Â§Â 106 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ XII iVm Â§Â 98 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ XII). R habe ihren letzten gewÃ¶hnlichen Aufenthalt in den zwei Monaten vor der ersten Aufnahme in eine Einrichtung im Stadtgebiet der Beklagten gehabt. Auf einen etwaigen gewÃ¶hnlichen Aufenthalt im Ausland mit der Folge, dass dieser einem nicht gewÃ¶hnlichen Aufenthalt gleichgesetzt werde, sei nicht abzustellen; die Regelung des Â§Â 98 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ XII habe gegenÃ¼ber der Ausnahme fÃ¼r nicht vorhandene Aufenthaltsorte in Â§Â 98 AbsÂ 2 SatzÂ 3 SGBÂ XII iVm Â§Â 106 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ XII Anwendungsvorrang.

6
Mit ihrer Revision rÃ¼gt die Beklagte eine Verletzung von Â§Â 106 AbsÂ 1 SatzÂ 1 iVm Â§Â 98 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ XII. Da R in Mexiko einen gewÃ¶hnlichen Aufenthalt begrÃ¼ndet habe, werde die nachwirkende Pflicht der Beklagten nach Aufgabe des gewÃ¶hnlichen Aufenthalts in ihrem Stadtgebiet durchbrochen und ein RÃ¼ckgriff auf Â§Â 98 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ XII scheide aus. Der Beigeladene sei dem KlÃ¤ger auf Grundlage von Â§Â 106 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ XII erstattungspflichtig.

7

Die Beklagte beantragt,
das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 11.Â August 2021 aufzuheben und die Berufung des Beigeladenen gegen das Urteil des Sozialgerichts Schleswig vom 14.Â Dezember 2017 zurÃ¼ckzuweisen.

8
Der KlÃ¤ger beantragt,
die Revision gegen das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 11.Â August 2021 mit der MaÃgabe zurÃ¼ckzuweisen, dass festgestellt wird, dass die Beklagte die Kosten fÃ¼r die vollstationÃ¤re Pflege der Leistungsberechtigten fÃ¼r die Dauer der Unterbringung im Pflegeheim R1 ab dem 1.Â September 2021 bis zur Ãbernahme des Falls in die eigene ZustÃ¤ndigkeit zu erstatten hat,
hilfsweise,
das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 11.Â August 2021 aufzuheben und die Berufung des Beigeladenen gegen das Urteil des Sozialgerichts Schleswig vom 14.Â Dezember 2017 zurÃ¼ckzuweisen.

9
Der Beigeladene beantragt,
die Revision der Beklagten zurÃ¼ckzuweisen.

II

10
Die zulÃ¤ssige Revision der Beklagten ist unbegrÃ¼ndet (Â§Â 170 AbsÂ 1 SatzÂ 1 Sozialgerichtsgesetz). Zu Recht hat das LSG die Beklagte zur Erstattung der bis zum 31.8.2021 angefallenen Kosten verurteilt, da sie der sachlich und Ã¶rtlich zustÃ¤ndige LeistungstrÃ¤ger ist. Im Ausgangspunkt ebenfalls zutreffend hat das LSG festgestellt, dass die Beklagte fÃ¼r ZeitrÃ¤ume nach August 2021 (dem Monat seiner Entscheidung) zur Kostenerstattung verpflichtet ist. Da mit der vorliegenden Entscheidung feststeht, dass die Beklagte (endgÃ¼ltig) zustÃ¤ndig ist, endet allerdings die vorlÃ¤ufige Eintrittspflicht des KlÃ¤gers; die Beklagte wird den Fall in die eigene ZustÃ¤ndigkeit zu Ã¼bernehmen haben (im Einzelnen spÃ¤ter). Lediglich bis zu diesem Zeitpunkt besteht die Pflicht zur Kostenerstattung. Dem trÃ¤gt der in der Revisionsinstanz klargestellte Feststellungsantrag des KlÃ¤gers Rechnung, weshalb der Tenor des Urteils des LSG mit der aus dem Tenor ersichtlichen MaÃgabe neu zu fassen war.

11
KlÃ¤ger ist der Landrat des Kreises R3. Der Kreis ist TrÃ¤ger der Sozialhilfe und der Landrat ist fÃ¼r die Leistungen nach dem SGBÂ XII sachlich zustÃ¤ndig, die der Kreis als Selbstverwaltungsaufgabe durchfÃ¼hrt (Â§Â 97 AbsÂ 1 SGBÂ XII iVm Â§Â 1 AbsÂ 1 SatzÂ 1 und 2, Â§Â 2 AbsÂ 1 Gesetz zur AusfÃ¼hrung des ZwÃ¶lften Buches Sozialgesetzbuch vom 31.3.2015, GVOBlÂ SH 2015,Â 90). Der fÃ¼r den KlÃ¤ger zustÃ¤ndige Landesgesetzgeber in Schleswig-Holstein hat durch Â§Â 62 Landesjustizgesetz (; vom 17.4.2018, GVOBlÂ SHÂ 231) eine anderweitige Regelung iS des Â§Â 70 NrÂ 3 SGG getroffen, weshalb der Landrat zustÃ¤ndiges Organ des

Kreises (Â§Â 7 Kreisordnung vom 28.2.2003, GVOBlÂ SHÂ 94) ist, ohne dass es auf Einzelheiten der BehÃ¶rdenbezeichnung ankommt.

12
Gegenstand des Revisionsverfahrens ist in objektiver KlagehÃ¤ufung (Â§Â 56 SGG) zum einen der vom KlÃ¤ger statthaft im Wege der allgemeinen Leistungsklage (Â§Â 54 AbsÂ 5 SGG) verfolgte Anspruch auf Kostenerstattung fÃ¼r geleistete Hilfe zur Pflege und zum anderen sein Feststellungsbegehren wegen der ab 1.9.2021 fortbestehenden Erstattungspflicht (Â§Â 55 AbsÂ 1 NrÂ 1 SGG). Eine Beiladung der R (Â§Â 75 AbsÂ 2 1.Â Alt SGG, echte notwendige Beiladung) war im vorliegenden Erstattungsstreit wegen der Kosten bei Aufenthalt in einer Einrichtung nicht erforderlich (vgl nur Bundessozialgericht vom 13.2.2014 Â BÂ 8Â SO 11/12Â RÂ SozR 4-3500 Â§Â 106 NrÂ 1 RdNrÂ 14 mwN).

13
Andere von Amts wegen zu berÃ¼cksichtigende Verfahrenshindernisse stehen einer Entscheidung des Senats nicht entgegen. Auch das Begehren, gegenÃ¼ber der Beklagten festzustellen, dass die Verpflichtung zur Kostenerstattung ab dem 1.9.2021 fortbesteht, ist zulÃ¤ssig.

14
Der Antrag war mit dem gegenÃ¼ber der Beklagten in der Klageschrift erhobenen Hauptantrag in beiden Instanzen anhÃ¤ngig. Das SG ist von der Verpflichtung des Beigeladenen zur Kostenerstattung auf Grundlage von Â§Â 106 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ XII ausgegangen und hat die Klage im Ãbrigen abgewiesen. Durch die Berufung des Beigeladenen, der sich gegen seine Verurteilung durch das SG wendet, ist der Streitgegenstand nicht auf AnsprÃ¼che auf Grundlage von Â§Â 106 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ XII beschrÃ¤nkt. Im Rahmen des Entweder-oder-VerhÃ¤ltnisses des Â§Â 75 AbsÂ 5 SGG ist regelmÃ¤Ãig davon auszugehen, dass ein KlÃ¤ger entweder die Verurteilung des Beklagten oder des Beigeladenen begehrt, weshalb ein Rechtsmittelgericht den geltend gemachten Anspruch des KlÃ¤gers gegen den Beklagten auch dann prÃ¼fen muss, wenn nur der Beigeladene das Rechtsmittel eingelegt hat. Da sich dessen Verurteilung nach Auffassung des LSG als rechtswidrig erwiesen hat und also aufzuheben war, waren von Amts wegen denkbare Anspruchsgrundlagen gegen die Beklagte zu prÃ¼fen (vgl etwa BSG vom 15.1.1959 Â 4Â RJ 111/57Â BSGE 9, 67, 70 = Breith 1959, 738, juris RdNrÂ 18; BSG vom 28.5.2015 Â BÂ 7Â AY 4/12Â RÂ BSGE 119, 99 =Â SozR 4-3520 Â§Â 2 NrÂ 5, RdNrÂ 10).

15
Es liegt mit dem Feststellungsantrag auch keine Erweiterung des Streitgegenstands im Berufungsverfahren vor, die nur im Wege der (vom LSG angenommenen) Anschlussberufung (Â§Â 202 SatzÂ 1 SGG iVm Â§Â 524 Zivilprozessordnung) zulÃ¤ssig gewesen wÃ¤re. Die weitere Bezifferung des Erstattungsanspruchs im Berufungsverfahren und der Ãbergang von der Feststellungs- zur Leistungsklage wegen zurÃ¼ckliegender ZeitrÃ¤ume war vorliegend nach Â§Â 99 AbsÂ 3 NrÂ 2 SGG keine KlageÃ¤nderung (vgl BSG vom 12.8.2010 Â BÂ 3Â KR 9/09Â RÂ SozR 4-2500 Â§Â 125 NrÂ 6). Die vom LSG in Bezug genommene, abweichende

Konstellation (vgl BSG vom 26.10.2017 â□□ BÂ 8 SO 12/16Â R â□□ SozR 4-1750 Â§Â 524 NrÂ 1 RdNrÂ 14Â ff) ist dadurch gekennzeichnet, dass ein Feststellungsantrag in der ersten Instanz nicht anhÃ¤ngig, sondern die Erstattung ausschlieÃ□lich fÃ¼r einen bestimmten Zeitraum geltend gemacht wird. In solchen FÃ¤llen wÃ¼rde mit der Erweiterung auf FolgezeitrÃ¤ume im Rechtsmittelverfahren ein weiterer Zeitraum/Lebenssachverhalt in das Verfahren eingefÃ¼hrt, fÃ¼r den neue Feststellungen zu treffen wÃ¤ren. Dieses Vorgehen ist nicht zulÃ¤ssig; eine solche Fallgestaltung liegt hier aber nicht vor.

16
Das Feststellungsinteresse geht dahin, dass nach KlÃ¤rung der eigentlichen Ã¶rtlichen ZustÃ¤ndigkeit durch die Gerichte die Erstattungspflicht der Beklagten bis zur Ã□bernahme des Falles in die eigene ZustÃ¤ndigkeit fortbesteht. Entsprechend hat der KlÃ¤ger seinen Antrag klargestellt. Dies trÃ¤gt der prozessualen Folge Rechnung, dass die vorlÃ¤ufige Eintrittspflicht nach Â§Â 98 AbsÂ 2 SatzÂ 3 SGBÂ XII nach positiver Feststellung eines nach dem gewÃ¶hnlichen Aufenthalt zustÃ¤ndigen TrÃ¤gers entfÃ¤llt (vgl zu Â§Â 97 AbsÂ 2 SatzÂ 3 BSHG Bundesverwaltungsgericht vom 6.2.2003 â□□ 5Â CÂ 9/02 â□□ Buchholz 436.0 Â§Â 97 BSHG NrÂ 16, juris RdNrÂ 14Â ff). FÃ¼r die wortgleiche Vorschrift des Â§Â 98 AbsÂ 2 SGBÂ XII gilt dies unverÃ¤ndert. Â§Â 98 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ XII stellt unter Betonung des Herkunftsprinzips auf den gewÃ¶hnlichen Aufenthalt â□□im Bereichâ□□ eines SGBÂ XII-TrÃ¤gers ab (vgl BSG vom 5.7.2018 â□□ BÂ 8 SO 32/16Â R â□□ BSGE 126, 174 = SozR 4-3500 Â§Â 98 NrÂ 5, RdNrÂ 21; Schlette in Hauck/Noftz SGBÂ XII, Â§Â 98 RdNrÂ 45, Stand 5.Â EL 2023) und damit auf einen gewÃ¶hnlichen Aufenthalt im Inland (vgl auch Hosten, NZS 2022, 395). Sinn und Zweck der Regelung ist der Schutz der SozialhilfetrÃ¤ger am Ort stationÃ¤rer Einrichtungen vor Ã¼berproportionalen Kostenbelastungen durch Leistungen an neu zugezogene Leistungsberechtigte (vgl BSG vom 5.7.2018 â□□ BÂ 8 SO 32/16Â R â□□ BSGE 126, 174 = SozR 4-3500 Â§Â 98 NrÂ 5, RdNrÂ 21; BSG vom 23.8.2013 â□□ BÂ 8 SO 14/12Â R â□□ SozR 4-5910 Â§Â 97 NrÂ 1 RdNrÂ 17). Diesen Schutz erweitert Â§Â 98 AbsÂ 2 SatzÂ 1 2.Â Alt SGBÂ XII ausdrÃ¼cklich um die FÃ¤lle, in denen ein gewÃ¶hnlicher Aufenthalt am Herkunftsort im Sinne des SatzesÂ 1 zwar nicht unmittelbar vor Aufnahme in die (erste) Einrichtung, aber zuletzt in den zwei Monaten vor der Aufnahme dort bestand. Die Bindung an den Herkunftsort bleibt Â in zeitlicher Hinsicht beschrÃ¤nkt auf zwei MonateÂ also dann maÃ□geblich, wenn bei der Aufnahme in die Einrichtung ein aktueller gewÃ¶hnlicher Aufenthalt im Inland nicht (mehr) vorhanden ist (Schlette in Hauck/Noftz SGBÂ XII, Â§Â 98 RdNrÂ 48 mwN, Stand 5.Â EL 2023). Ein solcher Fall liegt hier vor.

26
Dem kann die Beklagte nicht mit Erfolg entgegenhalten, R habe ihre Bindungen zum Herkunftsort mit einer von ihr, der Beklagten, unterstellten BegrÃ¼ndung des gewÃ¶hnlichen Aufenthalts im Ausland aufgegeben und es liege deshalb ein Fall nach Â§Â 98 AbsÂ 2 SatzÂ 3 SGBÂ XII vor. Â§Â 98 AbsÂ 2 SatzÂ 3 SGBÂ XII kommt subsidiÃ¤r ua nur zur Anwendung, wenn nicht feststeht, ob bzw wo ein gewÃ¶hnlicher Aufenthalt im Inland nach SatzÂ 1 oder 2 der Vorschrift begrÃ¼ndet worden ist (vgl Hohm in Schellhorn/Hohm/Scheider/Busse, SGBÂ XII, 21.Â Aufl 2023, Â§Â 98 RdNrÂ 49). Nur in diesen FÃ¤llen fÃ¼hrt ua ein Zuzug aus dem Ausland bei

(dann dauerhaft fortbestehender) Pflicht zur Leistung durch den Ã¶rtlichen TrÃ¤ger am Aufenthaltsort im VerhÃ¤ltnis zum Leistungsberechtigten zu einem Kostenerstattungsanspruch gegen den Ã¼berÃ¶rtlichen TrÃ¤ger der Sozialhilfe (Â§Â 106 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ XII; zu einem solchen Fall bereits BVerwG vom 6.2.2003 â